

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Ergebnis der Nachprüfung der im 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 (1734/2008) aufgeführten Mehrstellen - Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen Stellen

Beschlussorgan

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (zu 1.)
Finanzausschuss (zu 2.)

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis							
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen		15.09.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss		22.09.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschließt für die Aufgabenwahrnehmung in 2009 die Bedarfsanerkennung zur Besetzung von insgesamt 429,18 Stellen.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen 429,18 Stellen.

Sollte sich während der Geltungsdauer des Stellenplanes 2008 / 2009 aufgrund aktueller Entwicklung oder neuer Erkenntnisse die Notwendigkeit der Freigabe weiterer Stellen ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, nach entsprechender Prüfung wiederum dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen die Bedarfsanerkennung und dem Finanzausschuss die Freigabe der Stellen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die zur Besetzung der 429,18 Stellen erforderlichen Aufwendungen wurden bereits im Haushalt 2008 / 2009 berücksichtigt.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme € _____	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten € _____	b) Sachkosten € _____
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)		Einsparungen (Euro) 2009: Rd. 6,8 Mio.			

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

I.

Mit Beschluss vom 24.06.2008 hat der Rat der Stadt Köln dem 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 als oberen Rahmen im Grundsatz und unter Vorbehalt zugestimmt. Der Vorbehalt bezieht sich auf die durch die Verwaltung für das Jahr 2009 angemeldeten Mehrbedarfe, weil das übliche Prüfverfahren zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Juni 2008 noch nicht abgeschlossen war. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Prüfungen der Stellenanmeldungen für das Jahr 2009 schnellstmöglich durchzuführen und das Ergebnis dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im September 2008 vorzulegen. Die abschließende Beschlussfassung und Freigabe soll im Finanzausschuss erfolgen.

Die nachträgliche organisatorische Überprüfung der im 1. Veränderungsnachweis insgesamt aufgeführten 574,54 Mehrstellen ergab, dass aufgrund der aktuellen Bedarfslage auf die Besetzung von 145,36 Stellen (dies entspricht rd. 25%) verzichtet werden kann (s. Übersichtsblatt).

Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung ist es jedoch erforderlich, dass 429,18 Stellen zur Besetzung vorgehalten werden. Von den insgesamt 429,18 Stellen wurden 404,18 Stellen dauerhaft und 25,0 Stellen befristet,

davon 10 Stellen für 1 Jahr,
 12 Stellen für 2 Jahre,
 1 Stelle für 3 Jahre und
 2 Stellen für 5 Jahre

eingerrichtet.

II.

Die Bedarfsanerkennung für die 429,18 Stellen trifft beispielsweise auf Bereiche zu, in denen bereits konkrete Fallzahlsteigerungen zu verzeichnen sind (z.B. höhere Fallzahlen bei den Inobhutnahmen bei den Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen der Stadt Köln, in der Amtsvormundschaft beim Amt für Kinder, Jugend und Familie, im Fachdienst für Pflegebedürftige beim Amt für Soziales und Senioren). Die Bestätigung des grundsätzlichen Bedarfs erfolgte z.B. auch in Fällen, in denen zwar bereits ein Fallzahlenanstieg absehbar, der konkrete Umfang aber noch nicht feststeht bzw. die Stellenbemessung noch nicht abgeschlossen ist (z.B. im Amt für Kinder, Jugend und Familie in den Bereichen der Wirtschaftlichen Erziehungshilfe, bei der Bearbeitung von Elternbeiträgen, bei den Anträgen auf Legasthenie- und Dyskalkulietherapie). Diese Stellen werden erst bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen zur Besetzung freigegeben.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf einer aktuellen Prüfung, die den derzeitigen status quo widerspiegelt. Je nach Fallzahlentwicklung oder anderen zusätzlich gewonnenen Erkenntnissen kann

sich die Notwendigkeit ergeben, den Bedarf für weitere Stellen aus dem Kontingent der zurzeit nicht freigegebenen 145,36 Mehrstellen des 1. Veränderungsnachweises zu bestätigen und eine Stellenfreigabe zu erteilen. In diesem Fall erfolgt im Vorfeld eine entsprechende Einbindung der politischen Gremien.

Differenziert nach größeren Aufgabenblöcken, die über 75% der gesamten Mehrstellen des Veränderungsnachweises ausmachen, sind im Folgenden die Ergebnisse der Nachprüfungen dargestellt:

Thema/Bereich	Anz. Mehrst. 1.VN	Bedarf bestätigt	Bedarf nicht bestätigt	Aktueller Gesamtbed. (incl. ursprüngl. Vorlage)
Extern veranlasste Verpflichtungen:				
Kindertageseinrichtungen (Amt f. Kinder, Jugend und Familie)	190,00	190,00	0,00	254,00
Bürokratieabbau (Kassen- und Steueramt)	70,00	4,00	66,00	4,00
Arbeitszeitregelung Feuerwehr	68,00	20,00	48,00 ^{*)}	51,00
Su.	328,00	214,00	114,00	309,00
Präventions- u. Fördermaßnahmen f. Kinder u. Jugendliche:				
Schulsozialarbeit (Amt f. Kinder, Jugend und Familie)	11,00	11,00	0,00	11,00
Gefährdungs-Meldungs-Sofortdienst (Amt f. Kinder, Jugend und Familie)	5,00	5,00	0,00	50,50
Einrichtung einer Notaufnahmegruppe (Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtungen der Stadt Köln)	5,00	5,00	0,00	5,00
Su.	21,00	21,00	0,00	66,50
Verbesserung von Qualität und Service:				
Konzept z. Bürgerservice (Bürgeramt Innenstadt und Zentr. PR-Plan)	50,00	50,00	0,00	50,00
Stellenpool f. techn. Personal	20,00	20,00	0,00	20,00
Verstärkung d. Ordnungsdienstes für Schwerpunkteinsätze in der City u. den Bezirken (Amt f. öffentliche Ordnung)	15,00	15,00	0,00	15,00
Su.	85,00	85,00	0,00	85,00

^{*)} Der Bedarf für 48,00 Stellen liegt z.Zt. nicht vor, ab 2010 sind die 48,00 Stellen jedoch zur Verfügung zu stellen.

III.

In Anlage 1 sind die einzelnen Mehrstellen aus dem 1. Veränderungsnachweis mit den entsprechenden Prüfergebnissen listenmäßig aufgeführt. Die Listenstruktur und die Stellenzuordnung orientieren sich am Aufbau der Beschlussvorlage des 1. Veränderungsnachweises zum Stellenplan 2008 / 2009, d.h. es erfolgt eine Sortierung der Mehrstellen nach Dezernat und Dienststelle, und nicht themenbezogen. Aus diesem Grund weist die Liste vereinzelt identische Themen mit entsprechenden Mehrstellen bei unterschiedlichen Dienststellen (z.B. Mehrstellen im Rahmen des Konzeptes zum Bürgerservice sind sowohl bei 02-1 - Bürgeramt Innenstadt – als auch bei I/7 - Zentr. PR-Plan - aufgeführt) aus. Dies resultiert aus der Tatsache, dass mit Blick auf die äußerst knappen zeitlichen Ressourcen bei der Erstellung des 1. Veränderungsnachweises nicht alle Bedarfe abschließend geprüft werden konnten und daher in Einzelfällen eine Zusetzung im Zentralen Personalreserveplan erfolgte.

IV.

Durch den Verzicht auf die Besetzung von 145,36 Stellen wird der Haushalt 2009 bei den Personalaufwendungen in Höhe von rd. 6,8 Mio. € entlastet.

V.

Die Gesamtschau ergibt, dass von den insgesamt zum Stellenplan 2008 / 2009 eingebrachten 1.027,54 Mehrstellen (Stellenplan 2008: 453 Stellen, 1. Veränderungsnachweis für 2009: 574,54 Stellen) unter Berücksichtigung der Nachprüfungen nur noch 882,18 Stellen zusätzlich erforderlich sind. Mit Blick auf die Absetzung von insgesamt 79,01 Stellen (Stellenplan 2008: 45,37 Stellen, 1. Veränderungsnachweis für 2009: 33,64 Stellen) beläuft sich der zusätzliche Bedarf im Saldo lediglich auf 803,17 Stellen.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.

Anlage 1: Liste der 574,54 Mehrstellen (sortiert nach Dezernat und Dienststelle) mit den entsprechenden Prüfergebnissen incl. Übersichtsblatt